

14. Juni 1926 (2011: 85. Geburtstag) Hermann Kant, * 14.6.1926 Hamburg, dt. Schriftsteller; Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes 1978-1989; Werke u. a.: „Ein bisschen Südsee“, „Die Aula“, „Der Aufenthalt“, „Der Kormoran“, „Okarina“

17. Juni 1911 (2011: 100. Jahrestag) Emanzipation. In London demonstrieren 50 000 Suffragetten für die Einführung des Frauenwahlrechts. Ort: London, Großbritannien

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

11. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

15. Juni 2011

Plündert Verkehrsminister Webel Ausgleichsstock zur Finanzierung kommunaler Straßenbauprojekte?

Zur Ankündigung von Verkehrsminister Webel, in diesem Jahr rund 52 Millionen Euro für die Sanierung und den Ausbau des kommunalen Straßennetzes zur Verfügung zu stellen, erklären der verkehrspolitische Sprecher Frank Hoffmann und der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion Gerald Grünert:

„Es ist gewiss nicht verboten, wenn ein Minister der Öffentlichkeit bereits bekannte Vorhaben des kommunalen Straßenbaus der Öffentlichkeit vorstellt, so wie es der Verkehrsminister in seiner gestrigen Pressemitteilung (Nr. 056/11) tat. Der Neuigkeitswert dieser Information umfasst allerdings nicht viel mehr als das, was der Landtag mit dem Doppelhaushalt bereits am 21. Januar 2010 beschlossen hatte und somit bereits seit langem bekannt ist. Doch schaut man auf die Finanzierung der Bauprojekte, so muss man sich verwundert die Augen reiben. Nicht so sehr, wenn es um den Einsatz der Mittel aus dem Entflechtungsgesetz geht, sondern vielmehr, wenn es um die 10 Millionen Euro aus dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) geht, womit der Eigenanteil finanzschwacher Kommunen finanziert werden soll. Der einzige Topf, aus dem diese Summe dem FAG zu entnehmen wäre, ist der Ausgleichsstock, der Bedarfszu-

weisungen zur Milderung oder zum Ausgleich außergewöhnlicher Belastungen und Notlagen im Haushalt der Kommunen bereithält. Nun ist aber bekannt, dass dieser insgesamt nur rund 19 Millionen umfasst und dass eine lange Warteschlange der Kommunen auf solche Bedarfszuweisungen existiert. DIE LINKE hält es für unverantwortlich, die

bereits seit Jahren auf Zuweisungen aus dem Bedarfsstock wartenden Kommunen zu Gunsten fehlender Eigenmittel für Bauvorhaben weiter hinzuhalten. DIE LINKE fordert die Sicherstellung der fehlenden Eigenfinanzierung dieser Maßnahmen aus den zu erwartenden Steuermehreinnahmen des Landes im Jahr 2011.“

DIE LINKE 2020: Mitgliederbefragung

Im Oktober 2010 hat der Parteivorstand das Projekt LINKE 2020 beschlossen, um über drei Jahre nach der Bildung der Partei DIE LINKE eine Bestandsaufnahme der organisationspolitischen Situation vorzunehmen und die Grundlagen für die politische Handlungsfähigkeit der Partei für die nächsten Jahre sicherzustellen.

Die Projektgruppe bittet die Mitglieder der LINKEN um ihre Mitarbeit bei der Bestandsaufnahme zur Parteientwicklung. Wir haben zwei Fragebögen – einen für die Mitglieder von Kreisvorständen und einen für Basismitglieder – entwickelt. Auch technischen Gründen haben wir die Fragebögen thematisch jeweils in mehrere Fragebögen unterteilt. Also wundert euch nicht, wenn ihr hinter den Links jeweils sieben bzw. fünf Fragebögen findet.

Auch wenn die Beantwortung einige Zeit in Anspruch nimmt, bitten wir sehr eindringlich um die Beantwortung, da wir so authentische Informationen aus der Partei bekommen.

Die Befragung läuft bis zum 15. Juni 2011.

Aktiver Lärmschutz am Flughafen Leipzig-Halle

Mit dem Flughafen Leipzig-Halle sind erhebliche Belastungen für die Bewohnerinnen und Bewohner der Anrainergemeinden verbunden. Die Landtagsfraktion DIE LINKE fordert daher für die Sitzung Juni in einem Antrag von der Landesregierung, dass sich diese in ihrer Stellung als Gesellschafter der Flughafen AG, für den Einsatz von weniger lauten Flugzeugen einsetzt.

Antrag Fraktion DIE LINKE Aktiver Lärmschutz am Flughafen Leipzig-Halle

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich als Aktionär der Mitteldeutschen Airport Holding AG dafür einzusetzen, dass auf dem Flughafen Leipzig-Halle in der Zeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr nur Flugzeuge verkehren dürfen, die in der Bonusliste des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung enthalten sind.

Begründung

Am Flughafen Leipzig-Halle besteht eine unbeschränkte Nachtfluglaubnis für Fracht- und Militärtransporte. Die vorgeschriebenen rein passiven Schallschutzmaßnahmen reichen nicht aus, um gesundheitliche Folgen des daraus resultierenden erheblichen Nachtfluglärms für die betroffene Bevölkerung ausreichend abzumildern. Mögliche aktive Schallschutzmaßnahmen können zur weiteren spürbaren Verminderung des akut gesundheitsgefährdenden Nachtfluglärms beitragen.

Das geforderte nächtliche Verkehrsverbot von Flugzeugen, die nicht in der so genannten Bonusliste enthalten sind, entspricht der geübten Praxis an für Nachtflüge geöffneten deutschen Flughäfen, z. B. auch am Flughafen Köln-Bonn, welche eine mit Leipzig vergleichbare Bedeutung für den Expressfrachtverkehr hat.

Die Wirtschaftlichkeit des Flughafens dürfte praktisch nicht beeinträchtigt werden, da der Anteil dieser Flüge nur zwei bis drei Prozent der nächtlichen Flugbewegungen beträgt. Dadurch würden aber ca. 40 Prozent der sehr lauten Überflüge mit über 80 dB(A) Spitzenpegel, ca. 90 Prozent der beson-

ders lauten Überflüge mit über 85 dB(A) Spitzenpegel sowie alle extrem lauten Überflüge mit > 90 dB(A) Spitzenpegel entfallen.

Dies würde eine merkliche Entlastung der vom Fluglärm betroffenen Bürger bedeuten.

Wulf Gallert,
Fraktionsvorsitzender

PREISSKAT in Halle am Freitag, dem 8. Juli 2011



Achtung: Neue Anfangszeit !!

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: gegen 18.00 Uhr

Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer, Böllberger Weg 150, Anfahrt mit der Straßenbahn, Linien 1 und 6, sowie Buslinie 26, Haltestellen sind Diesterwegstraße oder Passendorfer Weg. Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis, Geldpreise für die Plätze 1-3.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14.10 Uhr.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

09.06.2011

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 23.06.2011

Die Information und Mitwirkung der Bürger soll nicht nur Makulatur sein

Heinz Günter Ploss

Welche Bedeutung hat für Dich das Ehrenamt?

Die negative Entwicklung nach der „Wiedervereinigung“, die fast alle Bereiche, ob Politik, Wirtschaft, Gesundheitswesen, Renten, Versicherungen, Bildung, Kultur, Sport usw. betraf und die besonders die ostdeutschen Bürger erreichte, hat mich zu politischen Aktivitäten in meinem Leben gezwungen.

Nachdem ich eine Weile die anderen Parteien beobachtet hatte, war für mich die PDS, die heutige Partei „DIE LINKE“, die einzige Partei, der ich noch Glauben schenken konnte und die zu Veränderungen im Stande war.

Kein Staat kommt heute ohne die vielfältigen freiwilligen Leistungen der Ehrenamtlichen mehr aus.

Aus der kleinen Zelle, der Basis, hin, zu den Mitstreitern in den Fachausschüssen und bis in den Stadträten, vertreten die Ehrenamtlichen das Wollen und die Ziele der Bürgerinnen und Bürger. Nicht nur die Kinder-, Jugend- und Altenbetreuung ist ohne die vielen Ehrenamtlichen in fortschrittliche Bahnen zu lenken.

„Stuttgart 21“, so wie, die „Ostseebrücke“ ist in aller Munde und verdeutlicht die Notwendigkeit der Einflussnahme der Ehrenamtlichen, durch Bürgerinitiativen und in den Vereinen. Zu oft beherrscht einseitiges Denken und Handeln die Politik und Wirtschaft, in der die Interessen der Bürger hinten angestellt werden. „Stuttgart 21“ ist auch in Halle (S.) zu Hause wenn auch nicht in diesem Ausmaß, wie in

Stuttgart. Es sei in Halle nur an die Abrissstrategie einiger Immobilienunternehmen, so zum Beispiel der Abriss der Hochhäuser am Riebeckplatz oder in anderen Straßenzügen, der Stadt gedacht. Es setzt sich fort, mit der Schließung des Friedhofes Halle-Neustadt.

Ehrenamtliche schaffen Veränderungen im Denken und Handeln. Sie müssen aber manchmal leider auch Fehlschläge hinnehmen.

Woran arbeitest Du zur Zeit?

Den Fehlschlag, die Wahrzeichen einer modernen Architektur und Zeichen einer Großstadt, den Abriss der Hochhäuser am Riebeckplatz zu verhindern, habe ich, mit meinen Mitstreitern, hinnehmen müssen.

Ein Turm steht noch und diesen gilt es zu erhalten. Das kostet Zeit und Kraft. Gleichfalls kocht immer wieder der Abriss der Hochstraße in den Medien und in den Köpfen einiger weniger hoch.

Eine Alternative der Lenkung der Verkehrsflüsse wird von den Abrissbefürwortern nicht aufgezeigt.

Es ist so, als würde ich den Krug, den ich zum Brunnen führe, weil er mir nicht gefällt zerschlagen und das Wasser des Brunnen mit den Händen zum heimischen Kochtopf tragen. Das wäre nicht nur unwirtschaftlich, sondern höchster Unsinn. Dabei sind wir beim Verkehr und bei der Wirtschaft angelangt. Beide Stränge sind unmittelbar eng miteinander verbunden. In der Wirtschaft sind die TUL Prozesse (Transport, Umschlag, Lagerung) besser als bisher zu analysieren

und zu optimieren. Somit sind die Verkehre für den Wirtschafts- und den Individualverkehr, in den Städten und Gemeinden, somit in Halle und in der Umgebung, aufeinander abzustimmen. Beide Verkehrsarten sind nicht gegeneinander auszuspielen, sondern auf das notwendige Miteinander, aber auf sparsamer Art, in Einklang zu bringen und zu entwickeln. Wirtschaft und Verkehr muß sich entwickeln können, ohne dass die Bürger in ihrer Wohn- und Lebensqualität beeinträchtigt werden.

Die Information und Mitwirkung der Bürger soll nicht nur Makulatur sein, sondern, wie es sich an „Stuttgart 21“, an den „Start und Landebahnschneisen Berlin-Schönefeld und der „Ostseebrücke“ und, ... und ... , zeigt, sie sind ein notwendiges Muss.

Die Entscheidung über die Schließung des Halle-Neustädter-Friedhofes hat es auch bei uns gezeigt. Das ist eine große Aufgabe, der ich mich als Verkehrsingenieur und Linker stellen möchte.

Ich engagiere mich zum Wohle der Bürger, ob in der Stadt Halle oder dem Umland, denn beide gehen, egal wo die Bürger wohnen, eine Symbiose ein.

Weiteres Engagement:

Neben der Rettung des letzten Wahrzeichen einer aufstrebenden Großstadt, der Rettung des letzten Hochhauses am Riebeckplatz, will ich die Wirtschaft dieser Stadt mit aufbauen helfen und die Verkehre in der Stadt ordnen, lenken und beeinflussen.

Das Interview führte Ute Haupt

Stadtfest

Waldstadt

SILBERHÖHE



19.06.2011

13-18 Uhr

Lebendige Vielfalt

Eröffnung des Skaterparks

Sport, Spiel und Spaß für Groß und Klein,
Ponyreiten, Gänsewanderung, Hüpfburg,
Fahrradcodierung durch die Polizei,
Aktion der Feuerwehr, Aktionsstände,
Kuchenbasar, Kinderflohmarkt u.v.m.

Bühnenprogramm von 13-18 Uhr,
Musik, Clown, Modenschau, Tanz,
Talenteshow, Kabarett u.v.m.

Für das leibliche Wohl ist gesorgt!

Wir danken allen Helfern und
den Sponsoren für ihre Unterstützung

Druck: Peter Lischning, Zwickau; Kreative Begriffe



Stadtwerk Halle GmbH, Bauverein Halle & Leuna eG,
Hallesche Wohnungsgenossenschaft "Freiheit" eG,
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH,

Bau- und Wohnungsgenossenschaft Halle-Merseburg e.G.,
Gesundheitszentrum Silberhöhe e.V., Dr. Petra Sitze, Ute Häuptl,
Burkhard Feißel, toom Baumarkt, E-Center, Kochakademie Halle,
SKV Kita, gGmbH, Bürgerinitiative Silberhöhe e.V.



Lohndumping gefährdet Europa

Michael Schlecht, MdB – Chefvolkswirt Fraktion DIE LINKE – Gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand DIE LINKE

„Sollen wir jetzt auch noch für ganze Länder haften? Nachdem wir schon für die Bankenrettung bluten müssen?“ Viele Menschen haben wenig Verständnis für die Hilfen für Griechenland, Irland und Portugal. „Wen sollen wir den noch alles retten?“ fragt auch die „Bild“-Zeitung und rechnet vor, was das alles kostet. Deutschland garantiert bereits jetzt annähernd 200 Milliarden Euro und soll ab 2013 auch noch eine Bareinlage von 22 Milliarden Euro für den nächsten Rettungsschirm leisten.

In Finnland haben die Rechtspopulisten mit dem Slogan „Wir wollen nicht für die Fehler der anderen bezahlen“ ihre Sitze mehr als versechsfach. Und in Frankreich bereitet die Front-National-Chefin Marine Le Pen mit noch aggressiveren Parolen ihren Wahlkampf für die Präsidentschaft 2012 vor. Sie wird in Meinungsumfragen bereits heute als Siegerin des ersten Wahlganges gehandelt. Und in vielen anderen Ländern nutzen Rechtspopulisten die Schuldenkrise in Europa für ihre Parolen.

In Deutschland könnte es auch zu einer neuen rechtspopulistischen Kraft kommen. Jedoch sitzen Vertreter dieser Denkrichtung bereits im Parlament in den Reihen von Union und FDP.

Von ihnen kommt der größte Widerstand gegen weitere Hilfe für Griechenland. Und wenn, soll sie mit massiven Eingriffen in die griechische Souveränität verbunden werden. Der CSU-Politiker Michelbach fordert eine „Agentur“, die maßgeblich vom IWF und der EU getragen wird und die tief in

die inneren griechischen Angelegenheiten hineinregieren soll. „Die Regierung in Athen sollte alle staatlichen Unternehmen und Beteiligungen auf diese Agentur übertragen, die die Verkäufe dann abwickelt.“

Man ist unweigerlich an die „Treuhand“ erinnert, die die Abwicklung und Ausplünderung der DDR organisierte. Dies würde den Widerstand des griechischen Volkes massiv steigern. Insofern besteht Hoffnung, dass derartige weitreichende Angriffe abgewehrt werden.

Die Hardliner in der deutschen Regierungskoalition drohen gleichwohl, dass sie weitere Hilfe, sei es für Griechenland, sei es in Gestalt des neuen Rettungsmechanismus ESM, der ab 2013 greifen soll, im Parlament nicht mehr mittragen. Ob es jetzt für Griechenland oder im Herbst für den ESM eine Mehr-

heit gibt, ist offen.

Damit droht sich die Krise zuzuspitzen. Die Strategie zur Lösung der Eurokrise von Kanzlerin Merkel ist gescheitert, obwohl sie immer wieder betont hat, dass Deutschland der Hauptprofiteur des Euro ist und alles unternommen werden müsse um ihn und die europäische Integration zu verteidigen.

In der Tat, die Gefahren gerade für die deutsche Exportwirtschaft sind gewaltig. Wenn es nach einem drohenden Zerfall der Euro-Zone wieder eine nationale Währung gäbe, würde sie sofort um 30 bis 40 Prozent aufwerten. Rund ein Drittel der Arbeitsstunden werden in der Exportindustrie geleistet. Mehr als zehn Millionen Arbeitsplätze hängen damit an der Exportwirtschaft. Bei einer Aufwertung wären Millionen von Arbeitsplätzen in Gefahr.

Aktuelles aus dem Stadtrat

Der Ortsverband „Clara Zetkin“ lädt Sie ein zum Gespräch mit:

Dr. Bodo Meerheim

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.
und Vorsitzender des Finanzausschusses
im Stadtrat Halle (Saale)

Wann?

**Donnerstag, 16. Juni 2011,
17:00 - 19:00 Uhr**

Wo?

Hort „Kinderpark“, Wiener Straße 18

(Straßenbahn Linie 1 und 6, Haltestelle Wiener Straße und 300 m
laufen

Buslinie 26 Richtung Diesterwegstraße, Haltestelle Ufaer Straße)

Interview der Woche

Umdenken und nicht nur Symptome behandeln

Kirsten Tackmann, landwirtschaftspolitische Sprecherin, über EHEC und eine krankende Agrarpolitik

Durch EHEC herrscht gerade große Verunsicherung unter Verbraucherinnen und Verbrauchern. Nach dioxinverseuchtem Futtermittel, Gammelfleisch, Rinderwahnsinn und Vogelgrippe bedrohen aktuell gefährliche Darmbakterien unsere Gesundheit. Die Politik tappt von einer Krisenbewältigung in die nächste. Wie konnte die landwirtschaftliche Produktion zu einem derart lebensbedrohlichen Risikofaktor werden?

Kirsten Tackmann: Landwirtschaft an sich ist kein lebensbedrohliches Risiko. Ganz im Gegenteil, sie stellt tagtäglich gesunde Nahrung her – im wahrsten Sinn des Wortes Mittel zum Leben. Trotzdem haben sich im sensiblen Bereich der Agrarwirtschaft Fehler im System entwickelt, die zu gesundheitlichen Risiken beitragen. Aktuelles Beispiel ist der Darmkeim EHEC. Die Produktions- und Lieferbeziehungen sind so weit verzweigt, dass sich technisches oder menschliches Versagen oder die Veränderungen an Infektionserregern sehr breit auswirken und immer schwerer beherrschbar sind. Das hochkomplexe System macht solche Probleme außerdem wahrscheinlicher.

Neulich gab's bei mir im Supermarkt Schnittlauch nur aus Südafrika – im Mai wohl gemerkt. Anfangs mutmaßte man, die EHEC-Gurken würden aus Spanien stammen.

Bundesdeutsche Bauern kriegen Geld von der EU, wenn sie Ackerflächen stilllegen.

Wer profitiert davon?

Dass die gefährliche Variante der EHEC-Infektionen von spanischen Gurken stammen soll, ist mittlerweile widerlegt. Die Infektionsquelle ist damit nach fast zwei Wochen immer noch unklar. Das ist leider bei EHEC eher typisch. Beunruhigend weil ungewöhnlich ist dagegen, dass sie nach wie vor aktiv ist und damit weiter Menschen an ungewöhnlich schweren klinischen Verläufen erkranken. Die Suche nach der Infektionsquelle ist aufgrund des unsinnig weit verzweigten Netzes des Nahrungsmittelhandels schwierig. Der Infektionsort scheint in Norddeutschland zu liegen – aber die Infektionsquelle kann dort oder woanders auf der Welt sein. Bei regionaler Erzeugung und Verzehr von Lebensmitteln wäre die Suche einfacher und die Auswirkungen begrenzter.

Äcker-Stilllegungsprämien werden allerdings schon ein paar Jahre in der EU nicht mehr gezahlt. Der Import von Lebensmitteln hat eher mit Dumpingpreisen auf dem Weltagrarmarkt zu tun. Oder damit, dass wir Erdbeeren auch im Winter essen wollen. Auf diesem globalisierten Agrarmarkt profitiert vor allem der Lebensmitteleinzelhandel auf Kosten der Landwirte oder Obst- und Gemüsebauern.

Für die ärmeren Länder des Südens bleiben die reichen Industrienationen trotz Dumpingpreisen wichtige Absatzmärkte für ihre landwirtschaftlichen Produkte. Wie kann die globalisierte Landwirtschaft auf ein vernünftiges Maß gebracht werden?

Das ist eine wichtige Frage.

Gegen internationalen Handel kann man meiner Meinung nach nichts haben. Aber er muss erstens volkswirtschaftlich – nicht allein betriebswirtschaftlich – und ökologisch sinnvoll und zweitens fair, also sozial gerecht sein. Beides ist momentan nicht der Fall. Es ist unverantwortlich, wenn Länder des Südens für die EU Exportfrüchte anbauen, wenn sie gleichzeitig nicht genug Flächen haben, um für sich selbst Nahrungsmittel zu produzieren. Das betrifft vor allem Futtermittel-Soja und Treibstoffpflanzen wie Ölpalmen oder Zuckerrohr. Gleichzeitig ist die Handelsmacht des Nordens meist so groß, dass von fairen Erzeugerpreisen nicht gesprochen werden kann und Billigexporte die regionalen Erzeugermärkte zerstören. Übrigens auch innerhalb der EU. DIE LINKE will deshalb konsequente soziale und ökologische Regeln auf den Agrarmärkten, Verhinderung von Spekulationen mit Agrarrohstoffen. Und die EU-Agrar-Exportsubventionen müssen endlich eingestellt werden.

Und die bundesdeutsche Landwirtschaft? Wodurch will DIE LINKE erreichen, dass Bäuerinnen und Bauern hierzulande von tatsächlich landwirtschaftlicher Produktion leben können?

Wir brauchen erstens eine Machtverschiebung in der Wertschöpfungskette. Weniger Macht für den Großhandel, dafür mehr Macht für die Erzeugerseite. Beispielsweise durch Genossenschaften oder Erzeugerzusammen-

schlüsse. Das European Milk Board ist so ein Beispiel. Zweitens fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn, also auch in der Agrarwirtschaft. Und drittens sind wir auch alle als Verbraucherinnen und Verbrauchern in der Verantwortung: Regional kaufen, heißt auch mehr Kontrollmöglichkeiten für faire Preise. Nur billig kaufen, unterstützt risikoreiche statt sozial und ökologisch verantwortungsvolle Strukturen. Aber das ist angesichts der Armutsentwicklung auch in unserem Land natürlich gerade für mich als LINKE-Abgeordnete eine schwierige Diskussion.

Wo sich der Kreislauf abermals bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern schließt. Die müssen letztlich faire Preise zahlen können.

Genau das meinte ich. Darum auch der gesetzliche Mindestlohn. Wer selbst jeden Cent zweimal umdrehen muss, hat beim Einkauf kaum die Möglichkeit, faire Preise zu bezahlen. Bio ist auch ein bisschen elitär. Deshalb brauchen alle Erwerbstätigen mehr in der Lohntüte, damit es auch den Bauern besser gehen kann. Allerdings gibt es auch genug Menschen, die sich eher ein teures Auto als Lebensmittel mit fairem Preis leisten. Es ist also nicht nur eine Frage des verfügbaren Geldes, sondern auch eine Frage der eigenen Prioritäten. Das muss letztendlich jeder selbst entscheiden.

Wie groß ist eigentlich der Einfluss von Lobbyverbänden in der Landwirtschaft?

Als Agrarpolitikerin habe ich viel Kontakt zu Lobbyverbänden und ich finde, dass sich das in die richtige Richtung bewegt.

Die Agrardebatten dominiert nicht

mehr der Deutschen Bauernverband, auch wenn er ein wichtiger Interessenvertreter bleibt. Aber auch andere Landwirtschafts- oder Umweltverbände oder Vereine der Entwicklungszusammenarbeit mischen sich in die politischen Debatten ein. Sie vertreten legitim ihre jeweiligen Anliegen, die bei politischen Entscheidungen mitgedacht werden müssen. Wichtig ist dabei Transparenz und dass man sich als Abgeordnete ein objektives und unabhängiges Urteilsvermögen erhält. Denn insgesamt ist der Einfluss der Agrarlobby nicht zu unterschätzen. Verbindungen zwischen den Spitzenverbänden und den Bundesministerien sind intensiv. Hier haben wir als Opposition ein wachsendes Auge.

Welche Chancen sehen Sie, dass es durch EHEC ein grundsätzliches Umdenken in der Agrarpolitik gibt? EHEC hat uns offensichtlich völlig unvorbereitet getroffen. Wir wis-

sen zu wenig über das Bakterium selbst, wo es herkommen könnte, über seine Wege in die Lebensmittelkette und die Risiken, sich zu infizieren. Das zeigt eklatante Defizite in der Risikoforschung und -überwachung. Damit wird ein ohnehin riskantes System unkalkulierbar. Allein diese Tatsache müsste zu tiefem Nachdenken führen. Stattdessen wird dem Problem wieder einmal routiniert hinterhergelaufen. Deshalb fürchte ich, dass auch dieses Mal nur Symptome behandelt werden, aber kein Umdenken in der Agrarpolitik stattfindet. EHEC ist natürlich keine direkte Folge einer verfehlten Agrarpolitik, aber sie trägt dazu bei. Die Agrarpolitik krankt ja an vielen Stellen: Artenschwund, Arbeitsplatzabbau, Klimawandel, Spekulationen mit Boden und Rohstoffen.

Hier gibt es viel zu tun.

linksfraktion.de, 6. Juni 2011

Gregor Gysi

Freiheit kann man nicht herbei bomben

„Die Freiheitsmedaille der USA sollte der Bundeskanzlerin Verpflichtung sein, allen Versuchen zu trotzen, Deutschland weiter und tiefer in die Kriegsmaschinerie ziehen zu lassen“, fordert der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, anlässlich der Verleihung der höchsten zivilen Auszeichnung der USA an Angela Merkel. „Gerade der friedliche Umbruch in der DDR hat eine Erfahrung verdeutlicht: Demokratie und Freiheit kann man nicht herbei bomben. Das zeigt sich seit fast zehn Jahren in Afghanistan, das zeigt sich jetzt erneut in Libyen.“ Gysi weiter:

„Zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland wollen, dass die Bundeswehr spätestens bis Ende dieses Jahres aus Afghanistan abgezogen wird, mehr als ein Drittel ist für den sofortigen Abzug. Diese Ablehnung von Kriegseinsätzen im Ausland muss sich endlich auch in der deutschen Außenpolitik widerspiegeln. Der Krieg hat die Lage in Afghanistan um keinen Deut verbessert. Im Gegenteil: Es ist höchste Zeit, diesen Krieg zu beenden, die Bundeswehr unverzüglich aus Afghanistan abzuziehen und dem klaren Mehrheitswillen der Bevölkerung Geltung zu verschaffen.“